

EINSCHREIBEN

Direktion des Innern
des Kantons Zug
Neugasse 2
Postfach 146
6301 Zug

Zug, den 8. März 2011

Vernehmlassung zur Umsetzung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes im Kanton Zug

Sehr geehrte Damen und Herren

Unter höflicher Bezugnahme auf Ihre Einladung zur rubr. Vernehmlassung vom 1. Dezember 2010 erlaubt sich die Schweizerische Volkspartei des Kantons und Freistaates Zug innert erstreckter Frist wie folgt zum Entwurf des Gesetzes betr. die Einführung des schweizerischen Zivilgesetzbuches (E EG ZGB) Stellung zu nehmen:

Die Schweizerische Volkspartei des Kantons und Freistaates Zug beantragt die Rückweisung des Geschäftes an den Regierungsrat mit dem Auftrag, die Erwachsenenschutzbehörde auch in Zukunft dezentral bei den Gemeinden oder – nach deren Gutdünken – bei Zweckverbänden (Verbünde zwischen mehreren Gemeinden) zu belassen.

Begründung:

1. Der Entwurf des Regierungsrates für die Änderung des Gesetzes betr. die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug sieht das Konzept einer zentralen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde für den ganzen Kanton Zug vor, welche wiederum der Direktion des Innern als Aufsichtsbehörde unterstellt ist (§ 5 E EG ZGB). Die SVP des Kantons Zug ist gegenüber Zentralisierungen von Zuständigkeiten, welche die Autonomie der Gemeinden beschneiden und das Prinzip der Subsidiarität ausser Acht lassen, grundsätzlich skeptisch. Für die SVP ist es unbestritten, dass das Bundesrecht neu eine Fachbehörde als Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde vorschreibt (Art. 440 Abs. 1 und 3 ZGB). Ebenso unbestritten ist es für die SVP aber, dass die Autonomie der Kantone nach wie vor gegeben ist, ob sie diese Fachbehörde auf Gemeinde-, Bezirk-, Kreis-, oder Regionsebene ansiedeln wollen (Botschaft des Bundesrates vom 28. Juni 2006, BBl 2006 7073). Die SVP Kanton Zug könnte sich vorstellen, dass beim Kanton ein Pool von Fachleuten, welche auch vom Kanton finanziert werden, verfügbar gehalten wird, auf welchen die

Gemeinden, wenn sie in vormundschaftlichen Belangen entscheiden müssen, zurückgreifen können, damit das bundesrechtliche Erfordernis der Fachbehörde erfüllt ist. Dieses Erfordernis der interdisziplinären Fachbehörde wird im übrigen dadurch stark relativiert, dass auch das Bundesrecht vorschreibt, dass für bestimmte Geschäfte Ausnahmen vom Grundsatz, dass die Fachbehörde mit mindestens drei Mitgliedern entscheiden muss, vorgesehen werden können (Art. 440 Abs. 2 ZGB). So sieht der Entwurf des Regierungsrates eine Reihe von Geschäften vor, bei welchen die Behörde mit Einzelzuständigkeit jedes Mitglied des entscheiden kann, womit per se keine Interdisziplinarität im Sinne einer Fachbehörde gegeben ist. Es handelt sich dabei um 23 verschiedene Geschäfte des Kindes- und Erwachsenenschutzes, welche mit Einzelzuständigkeit entschieden werden können (§ 43 E EG ZGB).

Ein weiterer Grund für die Beibehaltung der Zuständigkeiten der Gemeinden könnte darin liegen, dass die Bürgergemeinden weiterhin für die an ihrem Heimatort wohnenden Gemeindebürger zuständig blieben. Es sollte nicht verkannt werden, dass der Aufgabenbereich der Bürgergemeinden zusehends schmaler wird und dadurch deren Berechtigung als eigenständige Gemeinde nach und nach in Frage gestellt werden könnte. Immerhin sieht ja das Gemeindegesetz die Möglichkeit vor, dass Bürgergemeinden in der Einwohnergemeinde aufgehen (§ 126 des Gemeindegesetzes).

Aus den genannten Gründen (Prinzip der Subsidiarität, der Dezentralisierung und der Gemeindeautonomie) beantragt Ihnen die SVP Kanton Zug, die Vorlage im Sinne ihrer Erwägungen zu überarbeiten und einen Vorschlag zu unterbreiten, welcher die grundsätzliche Kompetenz für Entscheidung im Kindes- und Erwachsenenschutz weiterhin bei den Gemeinden belässt, wobei die Gemeinden auf die bundesrechtlich geforderten Fachkompetenzen durch Rückgriff auf einen kantonalen Pool, welcher solche Fachpersonen zur Verfügung stellt und auch finanziert, erfüllen können. Die Lösung hat auch den Vorteil, dass die Kosten zwischen den Gemeinden und dem Kanton aufgeteilt werden.

2. Die nachfolgenden Erläuterungen zu einzelnen Bestimmungen des Entwurfes erfolgen nur für den Fall, dass am Grundsatz einer zentralisierten Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, welche beim Regierungsrat angesiedelt wird, festgehalten wird.

Zu § 4 und 5:

Die Aufsicht über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde soll beim Gesamtregierungsrat sein und nicht an die Direktion des Innern delegiert werden. Bei Entscheiden im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes handelt es sich regelmässig um höchst sensible und persönliche Bereiche, weshalb es sich rechtfertigt, dass die Aufsicht beim politisch stark legitimierten und vom Volk gewählten Regierungsrat bleibt und nicht an eine einzelne Direktion delegiert wird.

Zu § 41 Abs. 3:

Nach dem Begriff „Gesamtbehörde“ wurde versehentlich ein Abstand zuviel zum nächsten Wort „verlangen“ vorgesehen.

Zu § 45:

Dieser Paragraph sollte aus Sicht der SVP Kanton Zug gestrichen werden. Eine separate Kinderschutzgruppe, deren Aufgaben und Zusammensetzung von der Direktion des Innern geregelt werden können, ist vor dem Hintergrund des Legalitätsprinzips, wonach die Grundzüge einer Materie im Gesetz selber geregelt werden müssen, rechtsstaatlich problematisch. Zudem ist eine solche Kinderschutzgruppe nicht notwendig angesichts dessen, dass die neue Behörde eine Fachbehörde ist. Eine separate Kinderschutzgruppe mit weiteren Fachleuten führt zu Doppelspurigkeiten und oft auch zu einer Scheinlegitimation von Entscheiden der in der Sache zuständigen Behörde, wenn diese formell in ihrem Entscheid noch festhalten kann, man habe vorgängig auch noch die Kinderschutzgruppe angehört, welche im übrigen der gleichen Meinung sei, wie die in der Hauptsache zuständige Behörde. Solche Entscheide, bei denen mitunter ganz oder teilweise die gleichen Personen in der entscheidenden Behörde und in der Kinderschutzgruppe sitzen, oder bei denen der Vorsitz bei Personen des gleichen Vereins mit Leistungsauftrag der Direktion des Innern liegt, sind zu vermeiden. Die SVP ist grundsätzlich der Meinung, dass die Vielfalt von verwaltungsexternen Kommissionen und Fachgruppen im Kanton Zug in Zukunft reduziert werden sollte.

Zu § 57:

In der ersten Zeile sollte nach dem Begriff „Verwaltungsbehörden“ ein Abstand weniger eingesetzt werden.

Zu den Änderungen bisherigen Rechts, 1. Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Regierungsrates und der Direktionen:

§ 42, 4. streichen, weil die Aufsicht beim Gesamtregierungsrat sein soll.

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin, sehr geehrte Herren Regierungsräte, weitere Bemerkungen hat die SVP Kanton Zug nicht und bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Schweizerische Volkspartei des Kantons
und Freistaates Zug

Manuel Brandenburg, Kantonsrat Zug
Präsident

Daniel Eichenberger, Kantonsrat Baar
Leiter Finanzen